

Anhang.

(Alle Berichte des Anhangs gelten für das **Kalenderjahr 1924.**)

I. Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz.

Dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt gehören zurzeit als beamtete Mitglieder an:

1. Landeshauptmann Dr. Horion als Vorsitzender,
2. Vizepräsident Appelius als stellvertretender Vorsitzender,
3. Landesrat Dr. Schellmann,
4. Landesobermedizinalrat Prof. Dr. Rnepper,
5. Landesrat Dr. Diefenhardt,
6. " Dr. Mewes,
7. " Reinbach,
8. " Kneil,
9. " Dr. von Boffe,
10. " Wolf,
11. " Schmidt,
12. Landesverwaltungsrat Dr. Brandts.

II. Rheinische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Allgemeines.

Am 1. April 1924 trat nach 18jähriger Tätigkeit als Leiter der Berufsgenossenschaft Herr Landesrat Dr. Große in den Ruhestand. Bereits am 3. April 1924 verschied er an einem schon seit längerer Zeit bestehenden schweren Leiden.

Außerdem traten im Laufe des Jahres 1924 vier Sekretariatsbeamte in den Ruhestand.

Das Geschäftsjahr 1924 brachte infolge der Festigung der Währung gegenüber dem Vorjahre eine merkliche Entspannung der finanziellen Lage der Berufsgenossenschaft. Aus der Restumlage von 1 200 000 Goldmark für das Jahr 1923 blieb nach Erledigung aller geldlichen Verpflichtungen aus dem Jahre 1923 noch ein erheblicher Bestand übrig, der zur teilweisen Bestreitung der Ausgaben für das Jahr 1924 verwandt werden konnte. Auf diese Weise genügte der für 1924 erhobene Beitragsvorschuß von 1 200 000 Goldmark zur Deckung aller Ausgaben für das Jahr 1924. Die geldliche Lage der Berufsgenossenschaft war gegen Ende des Geschäftsjahres 1924 durchaus gesichert.

Am 11. Dezember 1924 trat die im Frühjahr 1924 auf Grund der Wahlordnung vom 11. Juni 1923 von der Landwirtschaftskammer in Bonn und in Sigmaringen neugewählte Genossenschaftsversammlung zu einer Tagung im Ständehaus zu Düsseldorf zusammen. Von den auf dieser Tagung beschlossenen Satzungsänderungen verdienen besondere Erwähnung die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Unternehmer (und deren Ehegatten), die nunmehr mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 ab ohne Erhebung besonderer Beiträge versichert sind, sowie die Einrichtung einer Zusatzversicherung (erhöhte Rentenversicherung) bis zu 6 000 RM. Diese Versicherungsart bietet den Unternehmern und deren Ehegatten die Möglichkeit, sich gegen Zahlung eines mäßigen Zuschlags zu den Beiträgen im Falle eines Betriebsunfalles eine erheblich höhere Rente zu sichern.

Auch wurde die durch die Verordnung über Vereinfachungen in der Sozialversicherung vom 30. Oktober 1923 vorgeschriebene Beteiligung eines Vertreters der Versicherten bei der Feststellung der Leistungen durch Satzungsänderung endgültig geregelt.

Geschäftsumfang.

Die Zahl der Eingänge betrug 55 308 (67 561).*)

Der örtliche Bereich der Berufsgenossenschaft ist im Jahre 1924 unverändert geblieben.

Die Berufsgenossenschaft umfaßt etwa 524 000 landwirtschaftliche Betriebe mit rund 1 300 000

Versicherten.

Die Zahl der bei der Berufsgenossenschaft mitversicherten Nebenbetriebe beläuft sich auf etwa 15 000.

*) Die eingeklammerten Zahlen sind die des Vorjahres.

Angemeldete und erstmalig entschiedene Unfälle.

Zur Anzeige kamen 4720 (3842)* Unfälle.

Erstmalig entschieden wurden			
durch Anerkennung	1 664	(1 358)	Unfälle,
" Ablehnung	402	(609)	"
hierzu die Fälle, in denen nach Ablauf der ersten 13 Wochen nach dem Unfälle keine nennenswerte Einschränkung in der Erwerbsfähigkeit mehr vorhanden war	605	(665)	"
	zusammen	2 671	(2 632) Unfälle.
Aus den Vorjahren wurden Entschädigungen übernommen für	11 296	(12 309)	Fälle,
hierzu treten die im Berichtsjahre neu entschädigten	1 664	(1 358)	"
so daß insgesamt Entschädigungen gezahlt wurden in	12 960	(13 667)	Fällen.
Im Laufe des Berichtsjahres kamen in Wegfall	1 441		Fälle.
Vom 1. Januar 1925 ab sind also zu entschädigen	11 519		"

Außer den oben erwähnten erstmaligen 2671 (2632) Feststellungsbescheiden wurden noch 2430 (3115) Rentenminderungs- und andere Bescheide betreffend Abfindung, Einweisung ins Krankenhaus und Sonstiges erlassen, so daß im ganzen 5101 (5747) anfechtbare Bescheide in Frage kommen.

Entschädigte Unfälle.

Die im Jahre 1924 erstmalig entschädigten 1664 (1358) Unfälle betrafen:

159	(84)	Todesfälle,
23	(15)	dauernd völlig Erwerbsunfähige,
1482	(1259)	teilweise oder vorübergehend Erwerbsunfähige.
<u>1664</u>	<u>(1358)</u>	

Von den entschädigten Unfällen entfielen:

auf Männer	1245	(999)
" Frauen	419	(359)
	<u>1664</u>	<u>(1358)</u>

Von den entschädigten Personen waren:

Unternehmer oder deren Ehefrauen	861	(637)
Sonstige Familienangehörige	337	(305)
Arbeiter, Betriebsbeamte u. Facharbeiter	466	(416)
	<u>1664</u>	<u>(1358)</u>

Entstehungsursache der Unfälle war:

Arbeitsmaschinen in	184	(147)	Fällen	Auf- und Abladen in	144	(69)	Fällen
Feuergefährliche Stoffe in	11	(16)	"	Zuhrwerk in	330	(237)	"
Blutvergiftung in	51	(62)	"	Tiere in	201	(189)	"
Zusammenbruch von Gegenständen				Handwerkzeug in	131	(106)	"
in	102	(61)	"	Elektrischer Strom in	9	—	"
Fall von Leitern usw. in	451	(363)	"	Sonstige Ursachen in	50	(108)	"

Rentenzulagen.

Das Berichtsjahr 1924 brachte für die Berechnung der Zulagen anstelle der in der Inflationszeit maßgebenden, der jeweiligen Reichsrichtzahl für Lebenshaltungskosten angepaßten Jahresarbeitsverdienste die Umstellung derselben auf **Goldmark**.

Die unterschiedliche Regelung zwischen besetztem und Einbruchgebiet (Erhöhung der Zulage-Jahresarbeitsverdienste um 25% gegenüber dem unbesetzten Gebiet) ist mit Ende des Berichtsjahres 1923 fortgefallen.

Die seit 1. September 1923 angeordnete **halbmonatliche** Auszahlung der erhöhten Renten (alte Renten mit Zulagen) wurde mit Ende März 1924 wieder aufgehoben. Die Zahlung erfolgt seither **monatlich**.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1924 ab wurde für diejenigen Verletzten, die $66\frac{2}{3}$ oder mehr v. S. der Vollrente beziehen, eine **Sonderzulage** eingeführt, die in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, soweit die Rente

*) Die eingeklammerten Zahlen sind die des Vorjahres.

nach einem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst errechnet ist, **10 Goldmark monatlich**, im übrigen, d. h. für Betriebsbeamte und Facharbeiter, für deren Rente der tatsächliche (individuelle) Jahresarbeitsverdienst maßgebend ist, **15 Goldmark monatlich** beträgt.

Gesamtenttädigungen.

Nach Festigung der Währung ist eine zahlenmäßige Angabe der auf die einzelnen Entschädigungsarten entfallenden Beträge für das Berichtsjahr wieder möglich.

Die Gesamtsumme der Entschädigungen belief sich auf 1 162 684,47 RM. Hierzu ist zu bemerken, daß das Berichtsjahr noch nicht die Umstellung der Renten auf der Grundlage der tatsächlichen Goldmark-Jahresarbeitsverdienste gebracht hat. Die kleinen Renten von 10 und 15% Erwerbsbeschränkung wurden seit dem 1. April 1924 mit vierteljährlich 1,— RM. abgegolten. Die Zahl dieser Renten betrug 3150. Bei den Renten von 20 bis 49% Erwerbsbeschränkung wurde bei männlichen Vollarbeitern ein Jahresarbeitsverdienst von 324,— RM., bei weiblichen Vollarbeiterinnen ein solcher von 172,80 RM. der Rentenberechnung zugrunde gelegt. Die Zahl dieser Rentenempfänger betrug 5212. Bei einem Gesamtbestand von 9970 Verletztenrenten am 1. Januar 1924 waren demnach 8365 Renten oder rund 84% nicht oder in nicht ausreichender Höhe aufgewertet. Durch die bevorstehende Umrechnung der Renten auf Grund der tatsächlichen **Goldmark-Jahresarbeitsverdienste** werden die Leistungen an diese Rentenempfänger eine bedeutende Erhöhung erfahren. Die Renten bei 50% und mehr Erwerbsbeschränkung sowie die Hinterbliebenenrenten wurden nach einem Jahresarbeitsverdienst von 840 bzw. 504 RM. berechnet. Außerdem erhielten die Schwerverletzten von 66 $\frac{2}{3}$ % Erwerbsbeschränkung an aufwärts eine Sonderzulage.

Die Entschädigungsleistungen setzen sich wie folgt zusammen:	Per- sonen	RM.	Pfa.
1. Behandlung der nicht in Heil- und Genesungsanstalten untergebrachten Verletzten	668	40 091	75
2. Behandlung der in Heil- und Genesungsanstalten untergebrachten Verletzten:			
a) Renten an Ehefrauen der Verletzten	27	944	83
b) " " Kinder " "	48	1 429	27
3. Kur- und Verpflegungskosten an Heilanstalten	173	41 867	88
4. a) Renten an Verletzte	11 492	738 680	07
b) Sonderzulagen	676	38 300	—
5. Abfindungen an Verletzte, die ein Fünftel der Vollrente oder weniger bezogen haben	52	4 253	55
6. Sterbegeld	164	7 846	05
7. a) Renten an Witwen Getöteter	1 230	191 657	12
b) " " Kinder " "	588	75 805	39
c) " " Verwandte aufsteigender Linie Getöteter	16	2 235	76
8. Abfindungen an Witwen Getöteter im Falle der Wiederverheiratung	4	984	54
9. Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit	199	18 588	26
Summe		1 162 684	47

Postvorschuße.

Der der Post zur Zahlung der Unfallentschädigungen zu überweisende Vorschuß (Postvorschuß), der vom Reichsversicherungsamt für jeden Monat festgestellt wird, betrug für die ersten 4 Monate des Berichtsjahres je 39 544 Bill-Mark, die halbmonatlich abzuführen waren. Vom Monat Mai ab wurde der Postvorschuß auf 101 000 Bill-Mark festgestellt und erfuhr infolge Einführung der Sonderzulagen für Verletzte mit mindestens 66 $\frac{2}{3}$ % Erwerbsbeschränkung vom 1. Juli 1924 ab eine Erhöhung auf 110 800 Goldmark, die für jeden Monat bis zum Abschluß des Berichtsjahres an die Post zu entrichten waren. An Ausgleichzahlungen wurden noch 140 800 RM. geleistet.

Umlage.

Nach Deckung des Fehlbetrages aus 1923 mit rund 176 000 Bill-Mark verblieb aus der für das genannte Jahr eingezogenen Restumlage von 1 200 000 Goldmark noch ein Bestand von 1 024 000 Goldmark, aus dem zunächst die zur Bestreitung der Ausgaben für 1924 erforderlichen Mittel bereitgestellt werden konnten. Aus diesem Grunde wurde der am 15. Mai 1924 fällige Beitragsvorschuß für 1924 auf 1 200 000 Goldmark bemessen. Mit diesem Betrage konnten die Ausgaben für 1924 gedeckt werden, so daß von der Einziehung weiterer Beitragsvorschüsse für 1924 abgesehen werden konnte.

Rechnungsabchluß.**Einnahme.**

1. Umlagebeiträge für die landwirtschaftlichen Betriebe, die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe, Betriebsbeamten und Facharbeiter (nach Abzug der Hebegebühren)	2 297 231,03	RM.
2. Einnahme an Zinsen, Strafen, Entschädigungsersatzansprüchen	172 806,39	"
	<u>2 470 037,42</u>	<u>RM.</u>

Ausgabe.

1. Entschädigungen	1 162 684,47	RM.
2. Entschädigungen für Westpreußen, Posen, Gupen, Malmedy	11 281,63	"
3. Unfallverhütung und Unfalluntersuchung, Oberversicherungsämter, Reichsversicherungsamt	77 065,02	"
4. Vergütungen für die ehrenamtlichen Organe der Genossenschaft und der Sektionen (darunter Kosten der Genossenschaftsversammlung)	3 330,38	"
5. Gehälter für die beim Genossenschaftsvorstande und den 80 Sektionsvorständen beschäftigten Beamten und Angestellten, Beitrag zum Pensionsfonds		
Genossenschaftsvorstand	162 310,47	"
Sektionsvorstände	141 375,89	"
	1 773,99	"
6. Reisekosten der Beamten		
7. Kosten für Mieten, Heizung, Beleuchtung, Reinigung der Geschäftsräume	26 196,04	"
8. Büro- und Kassenbedürfnisse	11 524,45	"
9. Anschaffung und Unterhaltung der Einrichtungsgegenstände	1 007,30	"
10. Kosten der Veröffentlichungen	938,15	"
11. Postkosten, Fernspreckgebühren	8 578,43	"
12. Sonstiger Verwaltungsaufwand	3 689,14	"
	<u>1 611 755,36</u>	<u>RM.</u>

Die Jahresrechnung für 1924 schließt ab mit einer

Einnahme von	2 470 037,42	RM.
Ausgabe von	1 611 755,36	"
Ueberschuß	858 282,06	RM.

Der Ueberschuß wird zur Deckung der Postvorschüsse und der laufenden Verwaltungskosten des Jahres 1925 verwendet.

Rücklage.

Die Rücklage (Wertpapiere im Nennwert von 1 055 000 Papiermark) ist gemäß den zu Anfang des Jahres 1925 vom Reichsversicherungsamt herausgegebenen Richtlinien umgewertet und steht seit Ende Dezember 1924 mit 8405,05 RM. zu Buch. Von der Ansammlung einer Rücklage für 1924 ist entsprechend einem von der Genossenschaftsversammlung am 11. Dezember 1924 gefaßten Beschlusse mit Rücksicht auf die ungünstige Lage der Landwirtschaft abgesehen worden.

Streitfälle.

Gegen die erlassenen förmlichen Bescheide des Genossenschaftsvorstandes und der Sektionsvorstände wurde in 1230 Fällen Berufung eingelegt. Von diesen waren bis zum Jahreschluß 925 erledigt.

Beim Reichsversicherungsamt schwebten im Berichtsjahre 63 Rekurse. Bis Ende dieses Jahres waren 57 entschieden.

Bestrafungen.

Bestraft wurden 126 (118) Betriebsunternehmer wegen verspäteter Unfallanmeldung, 11 (12) wegen Nichtanmeldung von Nebenbetrieben und Facharbeitern und 1154 (763) wegen Nichtbefolgung der Unfallverhütungsvorschriften.

Unfallverhütung.

Zwecks Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften wurde der technische Aufsichtsdienst wie im Vorjahre durch 4 technische Aufsichtsbeamte versehen. Im Verkehr mit den Betriebsunternehmern und den Versicherten sind keine Schwierigkeiten hervorgetreten. An den Betriebsrevisoren nahmen die zuständigen Polizeibeamten oder Landjäger teil. Die Mitwirkung der Polizeibeamten und Landjäger hat die Revisionsstätigkeit erleichtert und sind hiergegen Beschwerden seitens der Unternehmer nicht erhoben worden.

In 5 Unterrichtskursen für Landschmiede und Landwirte wurden die Teilnehmer über praktische Schutzvorrichtungen an Maschinen und baulichen Einrichtungen belehrt. In landwirtschaftlichen Schulen und an einer Fortbildungsschule hielten die technischen Aufsichtsbeamten insgesamt 63 Vorträge über die landwirtschaftliche Unfallversicherung und die Bedeutung der Unfallverhütungsvorschriften. Sämtliche Schüler der landwirtschaftlichen Schulen sind mit Druckstücken der Vorschriften beliefert worden. In 4 größeren landwirtschaftlichen Versammlungen wurden Vorträge über die Unfallverhütung gehalten und in 2 Dienstversammlungen wurden die Landjäger über die Vorschriften und deren praktische Durchführung belehrt.

Auf den Aufsichtsdienst entfallen insgesamt 522 (305) Revisions- und Reisetage. Es wurden 6106 (3942) landwirtschaftliche Betriebe und 177 (132) Nebenbetriebe, zusammen 6283 (4074) Betriebe revidiert. In den revidierten Betrieben wurden insgesamt 30 098 Mängel festgestellt.

Auch im Berichtsjahre konnte noch kein besseres Interesse der Unternehmer an den Unfallverhütungsvorschriften festgestellt werden, was darin seinen Grund haben dürfte, daß die Landwirte durch Witterungsschäden und Mißernten in eine Notlage geraten waren. Der Genossenschaftsvorstand machte daher nur in solchen Fällen von seinem Strafrecht Gebrauch, wo besonders grobe Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt worden waren. In den meisten Fällen wurden die Unternehmer nach der Revision durch ein Verwarnungsschreiben noch einmal ernstlich zur Beachtung der Vorschriften und Beseitigung der gefundenen Mängel aufgefordert. Die Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten auf den Messen und Ausstellungen bot im Berichtsjahre besonders reichlich Gelegenheit, mit den Maschinenfabrikanten und Händlern wegen mangelhafter Schutzvorrichtungen an neuen Maschinen in Verbindung zu treten.

Die Verbreitung der im Vorjahre erlassenen Unfallverhütungsvorschriften wurde im Berichtsjahre ganz erheblich gefördert.

Besonders bedeutsame Einzel- oder Massenunfälle sind nicht bekannt geworden. Sechs tödliche Unfälle sind durch elektrischen Strom eingetreten. Wegen der ständig zunehmenden Verwendung des elektrischen Stroms in der Landwirtschaft ist ein Merkblatt für Stromabnehmer hergestellt und inzwischen durch Vermittlung der stromliefernden Werke verbreitet worden.

Rückgriff gegen Unternehmer und Dritte.

Wegen fahrlässig verschuldeter Unfälle wurden in 106 (112) Fällen von den Ersatzpflichtigen unsere Aufwendungen erstattet.

Auf Grund eines Abkommens zwischen dem Verbands der Deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und dem Verbands der Haftpflichtversicherer wurde im Berichtsjahre eine Reihe älterer Haftpflichtansprüche durch einmalige Kapitalzahlungen abgelöst.

Kontrolle der Verletzten.

Nach Einstellung des passiven Widerstandes und Wiederaufnahme eines geordneten Eisenbahnbetriebes konnte im Berichtsjahre 1924 wieder eine genauere Kontrolle der Verletzten hinsichtlich des Grades der Erwerbsbeschränkung durch den ärztlichen Berater der Berufsgenossenschaft stattfinden. Sie erfolgte in Sammelterminen und auch durch Revisionen am Wohn- oder Beschäftigungsort der Rentenempfänger. Insgesamt wurden 53 (22) Sektionen in dieser Weise kontrolliert.

Sonstige Bemerkungen.

Den an Stelle der aufgelösten Versicherungsträger in den ehemaligen Provinzen Westpreußen und Posen aushilfsweise zuständigen Versicherungsträgern — der Brandenburgischen und der Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft — mußten auf Anordnung des Reichsversicherungsamts als Anteil an den Aufwendungen für 1924 sowie an Vorschüssen für 1925 (1926) = 20 302,93 RM. überwiesen werden.

III. Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz

1. Allgemeines.

Durch die ungeheure Geldentwertung waren Ende 1923 die Papiermarktversicherungen völlig wertlos geworden. Im Jahre 1924 mußten diese Versicherungen sämtlich auf Goldmark umgestellt werden. Die allgemeine wirtschaftliche Notlage ist auf die Umstellung nicht ohne hemmenden Einfluß geblieben. Im wesentlichen ist die Umstellung gelungen, doch wurde in einzelnen wirtschaftlich besonders notleidenden Teilen des Geschäftsgebietes die Umstellung von vielen Versicherungsnehmern zurückgestellt, weil diese nicht in der Lage waren, die verhältnismäßig geringen Beiträge aufzubringen. Ein großer Teil dieser Versicherungen ist im Jahre 1925 wieder gewonnen worden. Die Umstellung hat erhebliche Kosten verursacht, was in den hohen Verwaltungskosten zum Ausdruck kommt. Der Schadenverlauf war günstig. Trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten kann das Gesamtergebnis als befriedigend bezeichnet werden.

Für die Landwirtschaft ist auf Wunsch der beteiligten Berufskreise im Jahre 1923 unter Mitwirkung eines aus Vertretern der Landwirtschaft gebildeten Beirates die Umlageversicherung eingeführt worden, um der Einwirkung der Geldentwertung auf die Versicherungssumme entgegen zu wirken, und zwar in der Weise, daß ein Teil des Friedenswertes bei der Anstalt zu den üblichen Bedingungen versichert wird (Stammversicherung), und der übrige Teil bis zur Höhe des Vollwertes der Umlageversicherung angeschlossen ist. Von der Umlageversicherung hat nur ein Teil der Landwirtschaft Gebrauch gemacht. Der größte Teil der bei der Anstalt versicherten Landwirte hat die Versicherung zu festen Versicherungssummen vorgezogen. Das erste Geschäftsjahr der landwirtschaftlichen Umlage lief am 1. Oktober 1924 ab. In diesem Geschäftsjahre sind von den der landwirtschaftlichen Umlage angeschlossenen Landwirten an Umlage-Entschädigungen, anteiligen Verwaltungskosten, Zinsen von vorschußweise gezahlten Entschädigungen und Versicherungssteuer insgesamt 1 906 859,60 Mark aufgebracht worden, welche in den Zahlen des folgenden Rechnungsabschlusses enthalten sind.

Für die kreisfreien Städte besteht in ähnlicher Weise die Umlageversicherung. Der Stammversicherung sind 20% des Friedenswertes angeschlossen. Dieser Umlageversicherung ist der Provinzialverband beigetreten. An Umlagebeiträgen sind von den angeschlossenen Städten usw. für das Jahr 1924 insgesamt an Schadenanteilen, Versicherungssteuer usw. 197 256,20 Mark erhoben worden.

Im Juni 1922 beschloß der Rheinische Provinzial-Landtag die Einführung der Haftpflichtversicherung durch die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz. Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zur Aufnahme des Betriebes erfolgte im Juni 1923.

Die Ruhrbesetzung mit ihren Folgen, insbesondere der Verfall der Mark, der einen wirklichen Versicherungsschutz auch in der Haftpflichtversicherung für den Versicherten unmöglich machte, für den Versicherer aber gerade in der Haftpflichtversicherung zu schwerster Schädigung hätte führen können, ließen eine wirkliche Aufnahme des Betriebes nicht zu. So beschränkte sich die Tätigkeit in der Haftpflichtversicherung im Jahre 1923, abgesehen von vereinzelten Abschlüssen, auf Vorbereitungsarbeiten, und die eigentliche Aufnahme des Betriebes erfolgte erst mit Beginn des Geschäftsjahres 1924, nachdem mit der Rückkehr der Geldstabilisierung auch wieder eine Grundlage für einen gesunden Betrieb der Haftpflichtversicherung gegeben war.

Die Geschäfte der Haftpflichtversicherung werden im Auftrage der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz von der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz in Verbindung mit der von dieser betriebenen Unfallversicherung geführt, und der Geschäftsgang hat gezeigt, daß diese beiden Versicherungszweige, die auch in der Privatversicherung stets zusammen betrieben werden, eng zusammen gehören und daß der eine Zweig durch den anderen gefördert werden kann.

Der Geschäftsverlauf im ersten Geschäftsjahr der Haftpflichtversicherung war befriedigend. Abgeschlossen wurden unter Einrechnung der vereinzelten Abschlüsse aus dem Jahre 1923 5938 Versicherungen.

Es betragen die **Einnahmen** der Haftpflichtversicherung:

Beiträge für selbst abgeschlossene Versicherungen	138 902,32 M
" " in Rückdeckung genommene Versicherungen	51 202,30 "
Von Rückversicherern gezahlte Schadenanteile und Provisionen	117 497,31 "
	<hr/>
	zusammen 307 601,93 M

Die **Ausgaben** betragen:

Entschädigungen	67 411,30 M
An Rückversicherer gezahlte Beiträge	120 214,61 "
Entschädigungen und Provisionen für in Rückdeckung genommene Versicherungen	48 950,23 "
Verwaltungskosten, Provisionen usw.	94 546,67 "
Prämienübertrag für eigene Rechnung	6 229,24 "
	<hr/>
	zusammen 337 352,05 M

Der Schadensverlauf war zufriedenstellend. Die Mehrausgaben in Höhe von 29 750,12 Mark sind hauptsächlich dadurch entstanden, daß das erste Geschäftsjahr mit den Einrichtungskosten und die gesamte Prämien-einnahme mit Abschlußprovisionen belastet sind. Die Mehrausgabe wird auf neue Rechnung vorgetragen, und es ist bei der günstigen Entwicklung, welche die Haftpflichtversicherung im Jahre 1925 bisher genommen hat, zu erwarten, daß diese Mehrausgabe bereits in diesem Jahre wieder ausgeglichen sein wird.

2. Verwaltungsrat.

Der Verwaltungsrat der Anstalt besteht zurzeit aus folgenden Herren:

1. Mitglieder:

Oberbürgermeister Dr. Udenauer als Vorsitzender,
Landeshauptmann Dr. Horion als stellvertretender Vorsitzender,
Kammerherr Graf Beißel von Gumnich,
Rentner Borgs,
Schreinermeister Pampus,
Weingutsbesitzer Andres,
Oberbürgermeister Dr. Farres,
Gutsbesitzer Frings,
Bürgermeister Grootens,
ParteiSekretär Wirt,
Volkschullehrer Knab,
Generaldirektor Adams.

2. Stellvertretende Mitglieder:

Fabrikant Münnig,
Generaldirektor Wiedemeyer,
Rentner Hufmacher,
Gutsbesitzer Bomers,
Bürgermeister Bedt,
Geschäftsführer Frißhoff,
Beigeordneter Koch.

3. Personalien.

Landesversicherungsrat Alias und Landesversicherungsrat Reim sind am 1. April 1924 in den Ruhestand getreten. Landesversicherungsrat Dr. Wessels ist am 1. Juli 1924 infolge Wahl als Generaldirektor der Westfälischen Provinzial-Feuersozietät ausgeschieden.

Der Landesversicherungsrat Dr. Täsche (Vertreter des Generaldirektors) erhielt vom 1. November 1924 ab die Dienstbezeichnung Direktor; vom gleichen Tage ab wurden die Generalinspektoren Kortmann, Steigleder, Dr. Johannes und Hoitz zu Provinzial-Versicherungsräten ernannt.

Brandschaden-Statistik 1924.

Die Zahl der Brandschäden betrug:	Reichsmarkschäden . . .	4331
	Devisenschäden	46
	Frankenschäden	957
	Summe	5334

Die Brandentschädigungen betragen:

für Immobilien	2 298 605,08 M.	das sind 43,71%	der Immobilien-Versicherungs-Beiträge
„ Mobilien	1 742 574,06 „	„ „	40,55% „ Mobilien-
zusammen	4 041 179,14 M.	„ „	42,29% „ Feuerversicherungsbeiträge.

In 1440 Fällen wurden die Gebäude allein,
„ 3150 „ „ „ Mobilien „
„ 744 „ „ „ Gebäude und Mobilien gleichzeitig betroffen.

Was den Umfang der Schäden betrifft, so waren:

3847	}	4736	Schäden unter	1 000 RM.	im Saargebiet
889				1 000 Fres.	
158	}	174	" über	1 000 RM. bis	2 000 RM.
16				1 000 Fres.	2 000 Fres.
74	}	81	" "	2 000 RM.	3 000 RM.
7				2 000 Fres.	3 000 Fres.
134	}	149	" "	3 000 RM.	6 000 RM.
15				3 000 Fres.	6 000 Fres.
73	}	79	" "	6 000 RM.	10 000 RM.
6				6 000 Fres.	10 000 Fres.
56	}	64	" "	10 000 RM.	20 000 RM.
8				10 000 Fres.	20 000 Fres.
35	}	51	" "	20 000 RM.	
16				20 000 Fres.	
4377	}	5334			
957					

Der höchste Schaden betrug 111 231 RM. (Mobiliar).

Auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilen sich die Schäden wie folgt:

a) Aachen	616	Brände
b) Coblenz	500	"
c) Köln	1023	"
d) Düsseldorf	1908	"
e) Trier	1275	"
f) Freistaat Birkenfeld	12	"

Summe 5334 Brände

Die Brände verteilen sich auf die einzelnen Monate wie folgt:

Januar	314	Brände	Uebertrag	2244	Brände
Februar	252	"	Juli	458	"
März	383	"	August	437	"
April	370	"	September	389	"
Mai	492	"	Oktober	477	"
Juni	433	"	November	575	"
			Dezember	754	"
Zu übertragen	2244	Brände	Summe	5334	Brände

Ueber die Ursachen der Entstehung der Brände ist folgendes zu bemerken:

a) Vorsätzliche Brandstiftung	1. Erwiesene	in	6	Fällen
	2. Mutmaßliche	"	164	"
b) Fahrlässige Brandstiftung		"	2116	"
c) Trocknen am Herd oder Ofen		"	648	"
d) Fehlerhafte Feuerungsanlagen, fehlerhafte Baukonstruktion		"	841	"
e) Lokomotivfeuerung		"	7	"
f) Lokomobilfeuerung		"	—	"
g) Elektrische Anlagen		"	185	"
h) Blitz		"	398	"
i) Gewerbe und Fabrikbetrieb, sofern nicht Fahrlässigkeit vorliegt.		"	72	"
k) Explosionen		"	65	"
l) Selbstentzündung		"	17	"
m) Schäden, deren Entstehungsursache unter keine der vorstehenden Rubriken zu bringen ist		"	70	"

Summe 4589 Fälle

In 745 Fällen aller vorgekommenen Schäden ist die Entstehungsursache nicht ermittelt worden.

Die finanziellen Ergebnisse der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt und der bei ihr geführten Kassen sind folgende:

A. Anstaltskasse.

I. Einnahme.		⌘	⌘	II. Ausgabe.		⌘	⌘
1. Bestand aus dem Vorjahre			54 737 80	1. Entschädigungen:			
2. Einnahmereste aus dem Vorjahre			21 772 67	I. Feuerversicherung:			
3. Vericherungsbeiträge für 1924:				1. Immobilien			
a) Immobilien	5 258 191 60			a) gezahlt	ℳ. 2 259 670,73		
b) Mobilien	4 297 080 27			b) zurückgestellt	" 38 934,35	2 298 605 08	
c) Mietverlust	450			2. Mobilien			
d) Einbruchdiebstahl	322 255 96			a) gezahlt	ℳ. 1 741 616,06		
e) Wasserleitungsschäden	30 260 54			b) zurückgestellt	" 958,—	1 742 574 06	
f) Glasversicherung	202 690 57	10 110 483 44		II. Mietsverlust			
4. Von Rück- und Mitversicherung erhaltene				III. Einbruchdiebstahl		104 146 09	
Schadenteile und Provisionen			558 268 68	IV. Wasserleitungsschäden		5 671 97	
5. Zinsen			77 359 94	V. Glasversicherung		51 776 53	4 202 773 73
6. Miete			14 960 60	2. Schadenermittlungskosten			36 247 62
7. Versicherungssteuer			434 025 78	3. Verwaltungskosten:			
8. Kosten für Versicherungsscheine			429 897 18	a) Staatsausgaben		1 775 598 80	
9. Hypothekenversicherungsscheine			2 321 34	b) Provisionen der Vertreter		2 460 518 37	4 236 117 17
10. Sonstige Einnahmen:				4. Für gemeinnützige Zwecke:			
a) für Versicherungsschreiber		310 50		a) für Verbesserungen der Löschlein-			
b) erstattete, in früheren Jahren				richtungen und für Löschhilfe	145 000		
c) für gezahlte Entschädigungen	31 543 78			b) Beitrag zu den Kosten des Feuer-	5 000		
d) für verkauftes Altpapier	171 30			mehrverbandes der Rheinprovinz			
e) Schreibgebühren usw.	3 033 80		35 059 38	c) Beitrag zur Feuerwehr-Anfallkasse			
				der Rheinprovinz	30 000		180 000
				5. An Rück- u. Mitversch. gezahlte Beiträge			683 279 29
				6. Zinsen für Vorkäufe der Landesbank			387 207 75
				7. Beteiligung am Deutschen gemeinnützig.			
				Rückversicherungsverband			16 000
				8. Versicherungssteuer			436 109 50
				9. Für Verwaltung der Haftpflichtversch.			
				durch Provinzial-Lebensversch. einschl.			
				ℳ. 411,85 für Formulare			30 161 97
				10. Für Einrichtung der Hagelversicherung.			6 354 20
				11. Für Grundbuchauszüge			243 21
				12. Unvorhergesehene Ausgaben			38 851 54
				13. Prämien-Uebertrag			1 285 000
				14. Ueberfluß			200 540 83
							11 738 886 81
							Summe

A. Anstaltskasse.

Vermögen der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz am 31. Dezember 1924:

A. Aktiva.		B. Passiva.	
	„		„
1. Beteiligung am Deutschen gemeinnützigen Rückversicherungsverband A.-G.	61 000	1. Beteiligung am Deutschen gemeinnützigen Rückversicherungsverband A.-G., noch nicht eingezahlt . . .	45 000
2. 220 \$ Reichsgoldanleihe		2. Kassenvoranschlag	465 098
50 000 M. Deutsche Werte-Aktien		3. Am Jahreschluß in Rest gebliebene Entschädigungen	39 892
7 500 kg Preussische Kalivertanleihe		4. Für Beihilfen zur Verbesserung der Feuerlöschrichtungen	84 767
780 £ Hamburger Staatsanleihe	19 976	5. Ueberschuß	200 540
10 000 kg Weizenanleihe			
3 500 gr Balchensee-Goldanleihe			
525 M. Badenwert Kohlenanleihe			
3. Beteiligung Rheinisches Heim	40 000		
4. Wert der Dienstgebäude in Düsseldorf und Essen und des Hausbesitzes an der Friedrichstraße und am Fürstenwall in Düsseldorf	815 000		
5. Wert des Inventars in Düsseldorf, Essen u. Saarbrücken	100 000		
6. Beamten-wohnungen u. Grundstücke	310 000		
7. Rückständige Beiträge	790 299		
8. Sonstige Außenstände	37 950		
Summe	2 174 225	Summe	885 299
	93		15

Reicht Vermögen der Anstalt: 1 338 926,78 RM.

IV. Landesbank der Rheinprovinz.

Verwaltungsrat der Landesbank.

Mitglieder:

Oberbürgermeister Dr. Adenauer, Vorsitzender,
 Landeshauptmann Dr. Sorion, stellv. Vorsitzender,
 Generaldirektor der Landesbank Bel,
 Generaldirektor der Landesbank Bernegau,
 Geheimer Kommerzienrat Dr. Hagen,
 Landesökonomierat Bollig,
 Stadtverordneter Sanders,
 Weingutbesitzer Andres,
 Generaldirektor Pattberg,
 Direktor Hoff,
 Schriftleiter Steinbüchel.

Stellvertreter:

Rechtsanwalt Dr. Esch,
 —
 —
 —
 Oberbürgermeister Gielen,
 Rechtsanwalt Loenarz,
 Schriftleiter Eifes,
 Gutsbesitzer Schroer,
 Bergassessor Vielhaber,
 Beigeordneter Haas,
 Reichsangestellter Müller.

Mitglieder bzw. Stellvertreter mit beratender Stimme:

Beigeordneter Koch, Expedient Bephold.

Mitglieder, die der Rheinisch-Westfälische Sparkassenverband als seine stimm-
berechtigten Vertreter in den Verwaltungsrat gewählt hat:

Bürgermeister Grootens,
 Bürgermeister Dr. Magerath,
 Landrat, Geh. Regierungsrat Kaufmann,
 Sparkassendirektor Schnabbe,
 Bürgermeister Nohl.

In Bordighera entschlief am 24. November 1924 das frühere Mitglied unserer Generaldirektion, Landesbankdirektor Emil Caspari.

Von Mai 1891 bis April 1924 im Dienste der Landesbank, hat er die Entwicklung des jungen Unternehmens zu seiner heutigen Entfaltung und Bedeutung an hervorragender Stelle miterlebt und miterarbeitet. Ausgezeichnet durch eine Berufs- und Arbeitsfreudigkeit, wie sie nur selten anzutreffen ist, im Besitze eines ausgebreiteten und zuverlässigen Wissens, war er der Anstalt eine sichere Stütze und seinen Mitarbeitern ein nie verjagender Berater und Freund. In der Geschichte der Landesbank wird sein Name in Ehren verzeichnet sein.

Das Jahr 1924 war von einschneidender Bedeutung für das Wirtschaftsleben von ganz Deutschland; es leitet aber auch eine vermehrte Tätigkeit der Landesbank der Rheinprovinz ein, die durch die Stabilisierung der Mark in die Lage gesetzt wurde, der Wiederaufnahme von Friedensaufgaben die vollste Aufmerksamkeit zuwenden zu können.

In erster Linie galt es, die schwer darniederliegende, von Kapital fast völlig entblößte Landwirtschaft nachhaltig zu unterstützen. Dank dem engen Zusammenarbeiten mit der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, in deren erweiterten und engerem Ausschuß die Generaldirektoren vertreten sind, gelang es uns, bereits im März für Saatgut- u. Düngemittel-Kredite den Sparkassen Mark 5 000 000,— und den uns befreundeten genossenschaft-

lichen Verbänden Mark 2 000 000,— zur Verfügung zu stellen. Der erstere Betrag gelangte in 1747 Einzeldarlehen zur Verteilung. Es wurde sodann im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der Winzerverbände an Rhein, Nahe, Mosel, Saar und Ruwer den Winzern ein Sonderkredit von einer Million Mark eingeräumt, der in 910 Einzeldarlehen zur Auszahlung gelangte; die Gelder dienten ebenfalls in der Hauptsache Düngungszwecken und der Zuckerbeschaffung.

Durch die freundliche Mitwirkung der Deutschen Girozentrale und Landesbankenzentrale konnten sodann im Herbst Erntebergungskredite in Höhe von Mark 3,2 Millionen in 2778 Einzeldarlehen zur Verteilung kommen.

Bei all diesen Krediten bewegten sich die Zinsbedingungen für die Kreditnehmer erheblich unter den Tagesgeldsätzen.

Die Verteilung dieser 11,2 Millionen auf 5435 Einzel-Personen beweist am besten, wie sehr unsere Bemühungen Erfolg hatten, die Vorteile dieser Kredite den weitesten Kreisen zugänglich zu machen.

Im Herbst hat dann noch aus Anlaß der Mißernte eine staatliche Hilfsaktion für die Landwirtschaft unter der Leitung des Herrn Oberpräsidenten eingeleitet. Diese hatte zum Ziele, die Landwirte mit den notwendigen Mitteln zur Beschaffung von Saatgut zu versehen, um vor allem die Ernährung für das kommende Jahr sicherzustellen. Die Landesbank hat mit den rheinischen Sparkassen bei der Verteilung der Mittel, unter Verzicht auf Gewinn, weitgehend mitgewirkt; durch ihre Hand gingen an Tausende Landwirte bis zum Jahreschluß etwa Mark 4,5 Millionen. Durch staatliche Zuschüsse konnte dieser Kredit zu dem außergewöhnlich billigen Satze von 6% zur Verfügung gestellt werden. — Durch die ländlichen Sparkassen gewährten wir ferner verbilligte Viehfall-Kredite.

Die ersten Kredite mußten mit Rücksicht auf die Geldverhältnisse als Wechselkredite gegeben werden; es darf nicht verhehlt werden, daß es vom volkswirtschaftlichen Standpunkte gewiß nicht wünschenswert war, den Landwirt an den Wechsel zu gewöhnen. Der Landesbank der Rheinprovinz lag es daher auch am Herzen, nach Mitteln und Wegen Ausschau zu halten, die geeignet sind, diesem Uebel zu steuern. Im letzten Quartal des Geschäftsjahres boten sich dann die ersten Aussichten, wieder **langfristiges** Kapital durch Ausgabe von Goldpfandbriefen zu **erträglichen** Bedingungen flüssig zu machen. Es wurden sofort Vorkehrungen zur Ausgabe von zehn Millionen Mark 8%iger hypothekarisch gesichertellter Goldpfandbriefe getroffen; bei Abfassung dieses Berichtes hatte die Begebung dieser Anleihe zu 94% einen so großen Erfolg, daß bereits $6\frac{1}{2}$ Millionen Mark für Hypotheken, die besonders für die Landwirtschaft und Winzer in Aussicht genommen sind, begeben werden können. Wir hoffen, damit den Wechsel langsam wieder aus der Landwirtschaft zu verdrängen und eine den ländlichen Verhältnissen angepasste Finanz- und Entschuldungs-Politik in größerem Umfange aufnehmen zu können. Ueber die Grundsätze unserer Zinspolitik und die Richtlinien unserer Darlehensgewährung haben wir uns wiederholt im Laufe des Jahres mit der Landwirtschaftskammer und den Führern der großen landwirtschaftlichen Verbände verständigt. Wir danken an dieser Stelle diesen Organisationen für ihre wertvolle und einsichtsvolle Mitarbeit in diesen schwierigen Fragen.

Neben den Kreisen der Landwirtschaft waren unsere kommunalen Verwaltungen in ganz besonderer Weise auf die Unterstützung ihrer provinziellen Geldzentrale angewiesen; der Wünsche waren tausende, sie auch nur einigermaßen zu befriedigen, bei dem vorhandenen Kapitalmangel ein Ding der Unmöglichkeit. Immerhin ist es uns möglich gewesen, Beträge zur Verfügung zu stellen, die manche Jahresleistung der Friedensjahre bei weitem übertreffen. Bei der Verteilung dieser Beträge mußten wir große Vorsicht obwalten lassen, da alle Kredite nur in kurzfristiger Form gegeben werden mußten, weil die Gefahr bestand, bei einer Verknappung des Geldmarktes zu einer Kündigung der ausgeliehenen Gelder schreiten zu müssen. Mitte April wurde diese Gefahr akut, als die Reichsbank eine rücksichtslose Einschränkung ihrer Diskontkredite im Interesse der Gesundung unserer Wirtschaft eintreten lassen mußte. Dank den vorsichtigen Dispositionen, die wir rechtzeitig getroffen hatten, konnten wir unsere Schuldner schonen und ihnen über diese kritischen Wochen hinweghelfen. Für die Hergabe der Darlehen war in erster Linie der Zweck maßgebend; so fanden insbesondere die Finanzierungen der Wasserleitungs- und Elektrizitätsanlagen in der Eifel unsere wärmste Unterstützung, um dem Gesundheitszustand und dem wirtschaftlichen Aufschwung dieses ärmsten Teiles unserer Provinz förderlich zu sein. Die Mißernte in vielen Teilen unserer Provinz und die damit verbundene Stundung der Steuerbeträge brachte manche Kommune in unerwartete Schwierigkeiten, über die hinwegzuhelfen wir als unsere Aufgabe betrachteten. Die plötzlich eingetretene Hochwasserkatastrophe im Herbst forderte unser promptes Eingreifen; wir stellten für die Provinzialverwaltung dem Herrn Oberpräsidenten Mark 1 000 000,— zur Verfügung. Der Provinziallandtag legte uns die Unterstützung des Wohnungsbaues in Verbindung mit der Rheinischen Wohnungsfürsorge warm ans Herz; wir konnten in 1924 noch Mark 2 500 000,— zur Auszahlung bringen.

Eine Reihe unliebsamer Vorkommnisse bei einer Anzahl von öffentlichen Kreditinstituten in der Rheinprovinz drohte dem kommunalen Kredit einen nicht wieder gut zu machenden Stoß zu versetzen; in diesen Fällen das kleine Sparpublikum vor Schaden zu bewahren und den guten Ruf unseres rheinischen, kommunalen Kredits

zu erhalten, hielten wir im eigenen wie allgemeinen Interesse für erforderlich; zu unserer Genugtuung sind schon große Beträge auf die von uns für Sanierungszwecke zur Verfügung gestellten Summen wieder an uns zurückgezahlt.

Im Einzelnen stellt sich unsere Tätigkeit auf dem kommunalen Darlehnsgebiet wie folgt:

„	M 58 896 690,—	in 436 Darlehen bewilligt
„	4 484 700,—	„ 120 „ abgelehnt
„	M 54 411 990,—	in 316 Darlehen definitiv akzeptiert.

Hiervon bis Ende 1924 ausgezahlt	M 53 680 390,—	in 300 Darlehen
im Jahre 1924 zurückgezahlt	„ 11 747 230,—	„ 70 „
verbleiben Ende 1924	M 41 933 160,—	in 230 Darlehen.

Die Darlehen fanden in der Hauptsache folgende Verwendung:

19 Darlehen	M 244 200,—	für Wasserleitungen
34 „	742 500,—	„ Neuanlagen für Elektrizitätswerke
1 „	25 000,—	„ Ausbau und Vergrößerung der Gaswerke
87 „	6 016 500,—	„ Wohnungsbauten
31 „	851 000,—	„ Ausbau von Straßen und die damit verbundenen notwendigen Brückenbauten
4 „	85 500,—	„ Meliorationen
54 „	33 968 400,—	„ allgemeine Kommunalaufgaben und Sanierungszwecke.

Der Provinzialverwaltung haben wir in den Uebergangszeiten bis zum Eingang der Provinzial-Umlage und der sonstigen Steuereinnahmen durch umfangreiche Vorschüsse geholfen, ihre besonders schwierige Aufgabe der Wiederinstandsetzung der provinziellen Straßen zu erleichtern.

Diese gewiß erfreuliche Kreditgewährung wurde zu erheblichem Teil ermöglicht durch die Arbeit der rheinischen Sparkassen. Der Solidaritätsgedanke hat hier unverkennbar reiche Frucht gezeitigt.

Mit den befreundeten Sparkassen, die neben der Provinz ein besonderes Anrecht auf unsere Unterstützung und Beratung geltend machen können, haben wir immer stärkere Bande des gemeinsamen, großzügigen Zusammenarbeitens zu knüpfen gesucht. Die zu diesem Zweck eingeschlagene Filialpolitik hat hierauf zweifellos fördernd gewirkt. Unser Ziel ging dahin, nach den furchtbaren Verwüstungen der Inflation wieder langsam solide, gesunde Finanzgrundsätze allgemein zur Geltung zu bringen, die geschlagenen Wunden und die Fehler der Kreditpolitik zu heilen und eine für die Gesundung unserer Wirtschaft maßvolle Zinspolitik in die Wege zu leiten. Wenn wir auch im Anfang bei unseren Bestrebungen manchen Mißverständnissen begegneten und unseren Akten manche unfreundliche Korrespondenz zuleiten mußten, so zeigte doch die Entwicklung der Dinge alsbald die Berechtigung unseres Vorgehens; aus Widerstrebenden wurden warme Anhänger und Förderer unserer Politik, über deren Richtlinien und Grundsätze wir uns selbstredend zuvor mit den offiziellen Vertretern des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes und insbesondere auch mit den Vertretern der Sparkassen in unserem Verwaltungsrat in eingehenden, regelmäßigen Beratungen geeinigt hatten. Unsere Bestrebungen, zwischen den rheinischen Sparkassen und der rheinisch-westfälischen Bankenvereinigung ein besseres Verhältnis herbeizuführen, waren von Erfolg gekrönt. Zum ersten Male wurde eine Verständigung über eine gemeinsame Zinspolitik erzielt und damit auch den Wünschen des Reichsbank-Präsidenten Dr. S c h a c h t in vollstem Maße Rechnung getragen.

Bei dem verschiedenartigen Aufbau der Organisationen ist ein stetiges Zusammenarbeiten nur dann zu ermöglichen, wenn gegenseitige Schärpen bei der Beurteilung von Einzelfällen vermieden werden. Die gleichfalls angestrebte Einigung mit den Genossenschaftsverbänden konnte bisher leider nicht herbeigeführt werden.

Der geschäftliche Verkehr mit den rheinischen Sparkassen hat sich im Geschäftsjahr 1924 in recht befriedigender Weise fortentwickelt; es machte sich das allseitige Bestreben geltend, entsprechend den so außerordentlich schwankenden Verhältnissen am Geldmarkt größere flüssige Bestände zu unterhalten und für alle Ueberraschungen gerüstet zu bleiben. Der Notwendigkeit, ein schärferes Revisionsystem einzuführen, verschließt sich nach den bauernswerten Vorkommnissen bei einzelnen Kassen wohl keine Verwaltung mehr.

Besonders anerkenntenswert war es, daß unsere Sparkassen sich trotz der minimalen Vergütung in so entgegenkommender Weise für die Kleinarbeit der Unterbringung der landwirtschaftlichen Kredite in die weitesten Kreise zur Verfügung gestellt haben. Es darf der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß bei einer Fortdauer des Anwachsens der Einlagen die Sparkassen bald wieder auf ihrem ureigensten Gebiete, dem Hypothekenmarkte,

tätig sein und damit der stetigen Entwicklung unserer Wirtschaft ihre unentbehrlichen Dienste leisten können. Dann wird auch wohl den Vorwürfen der Boden entzogen, welche sich immer erneut gegen die heutige Tätigkeit der Sparkassen richten.

Der Vertrag mit der Deutschen Girozentrale ist unterzeichnet; möge die Zusammenfassung des öffentlichen Kapitals weitere Fortschritte machen und insbesondere auch eine Annäherung an die übrigen öffentlichen Geldzentralen in absehbarer Zeit erreicht werden, eine Annäherung, die im allseitigen Interesse liegen dürfte. Ebenso wichtig und erstrebenswert ist dann noch eine straffe Organisation der Spitzenverbände, die heute noch von einer unerwünschten Zersplitterung regiert werden. Endlich ist ein großzügiger, regelmäßiger Kontroll-Austausch der Spitzenverbände mit den Provinzialverbänden unumgänglich notwendig.

Der Geschäftsumfang war im übrigen ein recht erfreulicher und konnte trotz des starken Beamten-Abbaues ohne Störungen bewältigt werden. Der Gesamtumsatz von einer Buchseite des Haupt-Journals stellt sich auf Mark 5 786 186 872,76. Als neue Filialen wurden Essen und Trier mit Erfolg in Betrieb genommen.

Das Geschäftsergebnis darf mit Rücksicht auf den starken Rückgang des Effekten- und Devisen-Geschäftes durchaus befriedigend genannt werden. Es ist dabei noch zu beachten, daß wir fortgesetzt bemüht gewesen sind, unseren Schuldnern möglichst niedrige Zinssätze in Anrechnung zu bringen.

Der Verwaltungsrat beschloß, den Gewinn neben größeren Abschreibungen mit Mark 1 000 000.— zur Stärkung des Geschäftskapitals und mit Mark 300 000.— zur Vermehrung der offenen Reserven heranzuziehen.

Die im vorigen Jahre *pro memoria* mit Mark 1,— eingesetzten Verpflichtungen aus umlaufenden Rheinprovinz-anleihen und deren Deckung durch die Darlehen geben wir mit Rücksicht auf ihren Papiermark-Charakter in diesem Jahre außerhalb der Goldmarkbilanz in einer besonderen Aufstellung zur Kenntnis. Irgend eine Handhabe zur Bewertung dieser Beträge liegt noch nicht vor. Wir möchten an dieser Stelle vor jeder Ueberschätzung der Deckungsmasse warnen.

Der Blick in die Zukunft ist hoffnungsreicher, zeigen sich doch auch für den Kommunalkredit die ersten Aussichten, wieder langfristige Anleihen zu erhalten. Die Landesbank der Rheinprovinz glaubt daher mit einiger Zuversicht, ihre großen gemeinnützigen Friedensaufgaben nach und nach in steigendem Maße aufnehmen zu können.

Düsseldorf, den 1. März 1925.

Die Generaldirektoren
der Landesbank der Rheinprovinz.

Bel.

Bernegan.

Bilanz der Landesbank der Rheinprovinz vom

Aktiva.

	RM.	5
1. Kasse, fremde Geldsorten und Coupons	429 510,87	
2. Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-(Clearing-)Bauken	4 716 105,72	
3. Wechsel und unverzinsliche Schapanweisungen:		
a) Wechsel (mit Ausschluß von b, c und d) und unverzinsliche Schapanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	11 407 232,66 RM.	
b) eigene Akzepte	—	
c) eigene Ziehung	2 000 000,—	
d) Solawechsel der Kunden an die Ordre der Bank	—	
4. Kistenguthaben bei Banken und Bankfirmen	19 804 207,66	
5. a) Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	59 264,03 RM.	
b) Darlehen gegen Unterpand (täglich rüdforderbar)	63 487,67	122 751,70
6. Eigene Wertpapiere:		
a) Anleihen und verzinsliche Schapanweisungen des Reichs- und der Bundesstaaten	39 002,55 RM.	
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	408 404,10	
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	455 008,47	
d) sonstige Wertpapiere	111 152,40	1 013 567,52
7. Konjunktialbeteiligungen	—	
8. Dauernde Beteiligung bei anderen Banken und Bankfirmen	337 062,50	
9. Langfristige Darlehen	1 079 493,60	
10. Debitoren in laufender Rechnung:		
a) gedeckte	55 007 779,32	
b) ungedeckte	—	
11. Bankgebäude im Werte von 1 392 770,51 RM. abgeschrieben p. m.	—	
12. Sonstige Immobilien im Werte von 2 388 204,11 RM. abgeschrieben bis auf	237 872,61	
13. Sonstige Aktiva	4 177 547,66	
	100 333 731,82	
Außerdem:		
Aval- und Bürgschaftsdebitoren	160 080,—	
Wechselverbindlichkeiten	12 815 308,77	
Sondermasse:		
in Darlehen Papiermark: 450 656 100,—		

31. Dezember 1924 (nach der Gewinnverteilung).

Passiva.

	RM.	5
1. Kapitaleinlage:		
a) Stammfonds	1 000 000,— RM.	
b) Einlagen der beteiligten Sparkassen	1 000 000,—	2 000 000
2. Reserven:		
a) Sicherheitsfonds	—	1 500 000
b) Spezialrücklagen	—	187 193,75
3. Kreditoren:		
a) Kistroversichtungen	—	300
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	—	—
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	—	26 978 882,21
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung:		
1. innerhalb 7 Tagen fällig	29 158 074,75 RM.	
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	32 181 905,54	
3. nach 3 Monaten fällig	500 000,—	61 839 980,29
e) sonstige Kreditoren:		
1. innerhalb 7 Tagen fällig	—	725 045,11
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	—	—
3. nach 3 Monaten fällig	—	—
4. Akzepte und Schecks	—	—
5. Sonstige Passiva	—	7 011 935,40
6. Gewinn-Vortrag	—	90 395,06
		100 333 731,82
Außerdem:		
Aval- und Bürgschaftsverbindlichkeiten	—	160 080
Wechsel-Giro-Verbindlichkeiten	—	12 815 308,77
Eigene Ziehungen, überhaupt	—	3 500 000
davon für Rechnung Dritter	—	1 500 000
Weitergegebene Solawechsel der Kunden an die Ordre der Bank	—	—
Sondermasse:		
in Anleihen Papiermark: 450 656 100,—		

Nach den Büchern der Landesbank geprüft und richtig befunden.

Düsseldorf, den 1. März 1925.

Treuhand- und Revisionsabteilung der Landesbank der Rheinprovinz.

ges. W u B.

ges. S a h n.



Bilanz der Landesbank der Rheinprovinz vom

Aktiva.

	RM.	5
1. Kasse, fremde Geldsorten und Coupons	429 510 87	
2. Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-(Clearing-)Banken	4 716 105 72	
3. Wechsel und unverzinsliche Scheckanweisungen:		
a) Wechsel (mit Ausschluß von b, c und d) und unverzinsliche Scheckanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	11 407 232,66 RM.	
b) eigene Akzepte	—	
c) eigene Ziehung	2 000 000,—	
d) Solawechsel der Kunden an die Ordre der Bank	—	
4. Kostro Guthaben bei Banken und Bankfirmen	19 804 207 66	
5. a) Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	59 264,03 RM.	
b) Darlehen gegen Hypothek (täglich rückforderbar)	63 487,67	
6. Eigene Wertpapiere:		
a) Anleihen und verzinsliche Scheckanweisungen des Reichs- und der Bundesstaaten	39 002,55 RM.	
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbaren Wertpapiere	408 404,10	
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	455 008,47	
d) sonstige Wertpapiere	111 152,40	
7. Kompartialbeteiligungen	—	
8. Dauernde Beteiligung bei anderen Banken und Bankfirmen	337 662 50	
9. Langfristige Darlehen	1 079 493 60	
10. Debitoren in laufender Rechnung:		
a) gedeckte	55 007 779 32	
b) ungedeckte	—	
11. Bankgebäude im Werte von 1 392 770,51 RM. abgeschrieben p. m.	—	
12. Sonstige Immobilien im Werte von 2 388 204,11 RM. abgeschrieben bis auf	465 716 61	
13. Sonstige Aktiva	4 197 547 66	
	100 581 575 82	
Außerdem:		
Hyal- und Bürgschaftsdebitoren	160 080—	
Wechselverbindlichkeiten	12 815 308 77	
Sondermasse: in Darlehen Papiermark: 450 656 100,—		

31. Dezember 1924 (vor der Gewinnverteilung).

Passiva.

	RM.	5
1. Kapitaleinlage:		
a) Stammfonds	500 000,— RM.	
b) Einlagen der beteiligten Sparkassen	500 000,—	
2. Reserven:		
a) Sicherheitsfonds	1 200 000—	
b) Spezialrücklagen	187 193 75	
3. Kreditoren:		
a) Kostroverbindlichkeiten	300—	
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	—	
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	26 978 882 21	
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung:		
1. innerhalb 7 Tagen fällig	29 158 074,75 RM.	
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	32 181 905,54	
3. nach 3 Monaten fällig	500 000,—	
e) sonstige Kreditoren:		
1. innerhalb 7 Tagen fällig	725 045 11	
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	—	
3. nach 3 Monaten fällig	—	
4. Akzepte und Schecks	—	
5. Sonstige Passiva	7 011 935 40	
6. Gewinn in 1924	1 638 239 06	
	100 581 575 82	
Außerdem:		
Hyal- und Bürgschaftsverbindlichkeiten	160 080—	
Wechsel-Giro-Verbindlichkeiten	12 815 308 77	
Eigene Ziehungen, überhaupt	3 500 000—	
davon für Rechnung Dritter	1 500 000—	
Weitergegebene Solawechsel der Kunden an die Ordre der Bank	—	
Sondermasse: in Anleihen Papiermark: 450 656 100,—		

Nach den Büchern der Landesbank geprüft
und richtig befunden.

Düsseldorf, den 1. März 1925.

Zrechnungs- und Revisionsabteilung
der Landesbank der Rheinprovinz.

gez. K u B.

gez. Dahn.



Gewinn- und Verlustrechnung vom 31. Dezember 1924.

Ausgaben.

Einnahmen.

	RM.	%		RM.	%
1. Hochgewinn einchl. Vortrag aus 1923: 4 225 055,54 RM.			1. Vortrag aus 1923 einschließlich der Rückstellung für Malzmineralbeschaffung	522 379,13	
2. Verwaltungskosten einchl. Kosten der Malzmineralbeschaffung, Einrichtungskosten der Filialen Essen und Trier und Verwaltungskostenanteil der Provinzial-Verwaltung			2. Gewinn aus Zinsen, Dividen und Sorten	2 473 680,19	
3. Emissionenkosten der 8%igen Goldpfandbriefe — Gebühr für Berechnungsurkunde —			3. " " Effekten nach gegläuhter Abschreibung	883 908,63	
4. Vergütung an Rückstellung für Geldbeschaffungskosten für Vergabe von Darlehen		2 770	4. Gewinn aus Gebühren und Spesen	152 893,84	
5. Sonderrückstellung		184 423,75	5. Gebühren aus Darlehen	184 423,75	
6. Reingewinn 1 638 239,06 RM.			6. Beiträge der Darlehensnehmer zu den Geldbeschaffungskosten	7 770	
Vergütung a. d. Stammfonds	500 000,—				
" an die Einlage der beteiligten Spartassen	500 000,—				
Vergütung a. d. Meierewfonds	300 000,—				
Abschreibung auf Immobilien Düsseldorf, Essen und Trier	227 844,—				
Ueberweisung an die Steuerbefähigte der Prov.-Beamten	20 000,—				
Vortrag in 1925				1 547 844	
				90 395,06	
				4 225 055,54	
					4 225 055,54

V. Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

Das Rechnungsjahr 1923 hatte durch den Verfall der Mark den bis dahin erworbenen Versicherungsbestand der Anstalt vernichtet. Der Versicherungsbestand an **Papiermark** betrug Ende 1923:

1. Kapitalversicherungen auf den Todesfall:

27 502 Versicherungen über	256 865 316 132 M.	Vericherungssumme
14 087	" "	11 672 508 " " in Kriessanleihen

2. Sparversicherungen:

62	" "	662 000 " "
----	-----	-------------

3. Leibrentenversicherungen:

35	" "	69 378 " Jahresrente.
----	-----	-----------------------

Die weitere Behandlung dieser Versicherungen wird durch die Aufwertungsgeetze geregelt. Die Wahrnehmung der Interessen der Versicherten liegt einem nach dem Gesetze von der Aufsichtsbehörde bestellten Treuhänder ob. Zum Treuhänder bei unserer Anstalt wurde von dem Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz der Syndikus der Handwerkskammer in Düsseldorf, Herr Dr. Peters, ernannt.

Die Ausführungsbestimmungen über die Aufwertungsgeetze sind noch nicht erlassen, und über das mittelmäßige Ergebnis der Aufwertung kann daher heute nur berichtet werden, daß die Aussichten für die alten Versicherten sehr gering sind. Niemand kann dieses mehr bedauern als die Anstalt selbst, die durch die Inflation ebenso wie ihre Versicherten um die Früchte jahrelanger Arbeit gebracht worden ist.

Das Jahr 1923 hat der Anstalt aber nicht nur den Versicherungsbestand vernichtet, sondern auch als Folge des passiven Widerstandes und der Unterbindung jedes Verkehrs im besetzten Gebiet die Werbe-Organisation nahezu ganz zerstört. Auch dieses wichtigste und wertvollste Aktivum, das die deutsche Lebensversicherung in den anderen Landesteilen aus dem Zusammenbruch des Jahres 1923 gerettet hatte, mußte bei unserer Anstalt neu geschaffen werden, als sie Ende 1923 nach der Stabilisierung der Mark und nach Rückkehr geordneter Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnisse an die Wiederaufrichtung ihres Versicherungsbestandes heranging.

Der Aufbau der Werbe-Organisation konnte im Jahre 1924 zu einem guten Teil durchgeführt werden. Die Gewinnung neuer Versicherungen in **wertbeständiger Währung** ging aus mehrfachen Gründen nicht mit der erwünschten Schnelligkeit vor sich. Zunächst war die Werbung von dem allmählichen Wiederaufbau der Werbe-Organisation abhängig, dann machte sich im Publikum zunächst als Folge der Inflation und des Verfalls der früheren Lebensversicherungen ein starkes Mißtrauen gegen die Lebensversicherung geltend, das erst allmählich mit der dauernden Befestigung der Währung überwunden werden konnte, und schließlich waren gerade im besetzten Gebiet die Wirtschaftsverhältnisse im Jahre 1924 so schlecht, daß nur einem kleinen Kreise der Bevölkerung Mittel für Lebensversicherungszwecke zur Verfügung standen.

Es gelang der Anstalt trotzdem im Jahre 1924 2603 Anträge über 13 675 961 Mark Versicherungssumme (umgerechnet in Reichsmark) anzuwerben. Der Versicherungsbestand am 31. Dezember 1924 an selbst abgeschlossenen Versicherungen betrug 2033 Lebensversicherungen über 10 433 287 Mark Versicherungssumme.

Neben der Lebensversicherung, ihrer ursprünglichen einzigen Aufgabe, hat die Anstalt im Jahre 1924 auch den Betrieb der Unfallversicherung aufgenommen, die ihr durch Beschluß des Provinzial-Landtages vom Juni 1922 als weiteres Arbeitsfeld zugewiesen worden war. In der Unfallversicherung wurden 327 Versicherungen, darunter eine Anzahl Kollektiv-Versicherungen mit größerer Personenzahl, abgeschlossen mit einer Jahresprämie von 75 757,45 Mark.

Das finanzielle Ergebnis des Rechnungsjahres ist befriedigend. Die Lebensversicherung schließt mit einem **Ueberschuß** von **100 872,85 M.** ab, der voll in die Ueberschußrücklage fließt und zur Verteilung von Dividenden an die Versicherungsnehmer dient. Der Ueberschuß beträgt rund 23% der Jahresprämie aus den selbst abgeschlossenen gewinnberechtigten Versicherungen. Dieser Prozentsatz zeigt, daß die Aussichten der Versicherten auf Dividenden auch bei unseren niedrigen Tarisprämien noch denkbar günstig sind.

Die **Unfall-Versicherung** schließt mit einem **Ueberschuß** von **322,71 M.** ab, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. — Mit diesem finanziellen Ergebnis kann die Anstalt umso mehr zufrieden sein, als die Wiederaufrichtung der Werbe-Organisation und die Einführung der Unfallversicherung außerordentliche Kosten verursachten, die voll aus den laufenden Einnahmen bestritten worden sind. Die am 1. Januar 1924 vorhanden gewesene Rücklage für den Wiederaufbau ist nicht angegriffen worden.

Einzelheiten über den Geschäftsverlauf ergeben die nachstehenden Gewinn- und Verlustrechnungen. Zu der nachfolgenden Bilanz ist insbesondere zu bemerken, daß zum ersten mal in der Bilanz der Anstalt das Stammkapital fehlt. Das frühere Stammkapital der Anstalt ist der Inflation zum Opfer gefallen. Anstelle eines neuen Stammkapitals ist die Anstalt auf Beschluß des 68. Rheinischen Provinzial-Landtages vom 28. Juni 1924 mit der Haftung des Provinzialverbandes der Rheinprovinz ausgestattet worden, die eintritt, sobald die Mittel der Anstalt in einem Rechnungsjahr nicht zur Deckung ihrer Verpflichtungen ausreichen. Den Versicherten ist damit eine größere Sicherheit für die Erfüllung ihrer Versicherungsansprüche gegeben, als sie ein Stammkapital zu bieten vermöchte.

Zusammenfassend kann von den Geschäftsergebnissen des Jahres 1924 gesagt werden, daß sie ein sicheres Fundament bilden, auf dem der weitere Aufbau der Anstaltsgeschäfte erfolgen kann.

Düsseldorf, im Oktober 1925.

Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

U d a m s.

Re s s i n g.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gegenstand	Betrag in M.	
	im Einzelnen	im Ganzen
A. Einnahmen.		
I Ueberträge aus dem Vorjahre:		— —
II Beiträge für Unfallversicherungen:		
a) selbst abgeschlossene	75 757 47	
b) in Rückdeckung übernommene	8 809 14	84 566 61
III Policegebühren		— —
IV Kapitalerträge		— —
V Gewinn aus Kapitalanlagen		— —
VI Vergütungen der Rückversicherer für:		
1. Ergänzung des Deckungskapitals gemäß § 58 P. S. O.	— —	
2. Eingetretene Versicherungsfälle	59 460 91	
3. Vorzeitig aufgelöste Versicherungen	— —	
4. Sonstige vertragmäßige Leistungen	31 001 34	90 462 25
VII Sonstige Einnahmen		— —
Gesamteinnahmen		175 028 86

C. Abschluß.

Gesamteinnahmen	175 028,86
Gesamtausgaben	174 706,15
Ueberschuß der Einnahmen	<u>322,71</u>

D. Verwendung des Ueberschusses.

Vortrag auf neue Rechnung	<u>322,71</u>
-------------------------------------	---------------

in der Lebensversicherung.

	M.		S.		M.		S.	
	—	—	—	—	—	—	—	—
B. Ausgaben.								
I Zahlungen für unerled. Versicherungsfälle der Vorjahre:								
a) geleistet			—	—				
b) zurückgestellt			—	—				
II Zahlungen für Versicherungsfälle im Geschäftsjahre für:								
1. Kapitalversicherungen auf den Todesfall								
a) geleistet	5 620	—			5 620	—		
b) zurückgestellt	—	—			—	—		
2. Rentenversicherungen								
a) geleistet	—	—			—	—	5 620	—
b) zurückgestellt	—	—			—	—	—	—
III Vergütung für in Rückdeckung übernommene Versicherungen:								
1. Ergänzung des Deckungskapitals					5 653	31		
2. Eingetretene Versicherungsfälle								
a) geleistet	2 850	60						
b) zurückgestellt	90	—			2 940	60		
3. Vorzeitig aufgelöste Versicherungen							427	14
4. Sonstige vertragmäßige Leistungen							24 814	16
IV Zahlungen für Sterbefälle und Rückkäufe aus Kriegsanleiherversicherungen								8 05
V Ueberschußanteile an Versicherte								—
VI Rückversicherungsbeiträge für Kapitalversicherungen auf den Todesfall								247 032 88
VII Steuern und Verwaltungskosten:								
1. Steuern					2 866	39		
2. Verwaltungskosten:								
a) Abschlußgebühren	170 054	83						
b) Sonstige Verwaltungskosten	73 511	96			243 566	79		246 433 18
VIII Abschreibungen								56 36
IX Verlust aus Kapitalanlagen:								
1. Kurverlust								—
2. Sonstiger Verlust								—
X Deckungskapital und Beitragsübertrag am Schlusse des Rechnungsjahres für Kapitalversicherungen auf den Todesfall								66 137 41
XI Ueberschußrücklage der Versicherten								—
XII Sonstige Rücklagen								86 227 15
XIII Sonstige Ausgaben								—
Ausgaben								686 250 24

Gewinn- und Verlustrechnung

A. Einnahmen.		₤	¢	₤	¢	₤	¢
I	Ueberschüsse aus dem Vorjahre:						
1.	Dedungskapital			4 873	26		
2.	Beitragsübertrag						
3.	Rücklage für schwebende Versicherungsfälle						
4.	Ueberschussrücklage der Versicherten Zuwachs aus dem Ueberschusse des Vorjahres						
5.	Sonstige Rücklagen Zuwachs aus dem Ueberschusse des Vorjahres	82 388	40	82 388	40	87 261	06
II	Beiträge für:						
	Kapitalversicherungen auf den Todesfall						
a)	selbst abgeschlossene			437 748	06		
b)	in Rückdeckung übernommene			39 163	82	476 911	88
III	Kapitalerträge:						
1.	Zinsen			281	77		
2.	Mietserträge			7 632	34	7 914	11
IV	Gewinn aus Kapitalanlagen:						
1.	Kursgewinn			9 487	94		
2.	Sonstiger Gewinn					9 487	94
V	Vergütung der Rückversicherer:						
1.	Ergänzung des Dedungskapitals			9 387	58		
2.	Eingetretene Versicherungsfälle			4 571	06		
3.	Vorzeitig aufgelöste Versicherungen			26	24		
4.	Sonstige vertragmäßige Leistungen			191 562	02	205 547	50
VI	Sonstige Einnahmen:						
	Einnahmen					787 123	09

C. Abschluß.

Einnahmen	787 123,09
Ausgaben	686 250,24
Ueberschuß der Einnahmen	<u>100 872,85</u>

D. Verwendung des Ueberschusses.

An die Ueberschussrücklage der Versicherten	<u>100 872,85</u>
---	-------------------

in der Unfallversicherung.

Gegenstand	Betrag in ₤	
	im Einzelnen	im Ganzen
B. Ausgaben.		
I	Zahlungen für Versicherungsfälle der Vorjahre aus selbst abgeschlossenen Versicherungen	—
II	Zahlungen für Versicherungsfälle im Rechnungsjahr aus selbst abgeschlossenen Versicherungen	
a)	erledigt	9 894 40
b)	schwebend	53 968
		63 862 40
III	Vergütungen für in Rückdeckung übernommene Versicherungen:	
1.	Ergänzung des Dedungskapitals gemäß § 58 P. B. G.	—
2.	Eingetretene Versicherungsfälle	
a)	gezahlt	630,44
b)	zurückgestellt	1 160,61
		1 791 05
3.	Vorzeitig aufgelöste Versicherungen	—
4.	Sonstige vertragmäßige Leistungen	3 964 12
		5 755 17
IV	Zahlungen für vorzeitig aufgelöste selbst abgeschlossene Versicherungen	—
V	Ueberschussanteile an Versicherte	—
VI	Rückversicherungsbeiträge	68 891 89
VII	Steuern und Verwaltungskosten	
1.	Steuern	—
2.	Verwaltungskosten:	
a)	Abschlußgebühren	24 733 04
b)	sonstige Verwaltungskosten	9 174 52
		33 907 56
VIII	Abschreibungen	—
IX	Verlust aus Kapitalanlagen	—
X	Beitragsrücklagen	—
XI	Beitragsüberträge für eigene Rechnung	2 289 13
XII	Ueberschussrücklagen der gewinnberechtigten Versicherten	—
XIII	Sonstige Rücklagen	—
XIV	Sonstige Ausgaben	—
	Gesamtausgaben	174 706 15



Bilanz für den Schluß

A. Aktiva.		N	§	N	§
I	Grundbesitz			90 000	—
II	Hypotheken			15 780	—
III	Zarlehnen an Gemeinden			15 280	—
IV	Wertpapiere			3 838	75
V	Guthaben:				
	1. a) beim Postfachamt	4 926	62		
	b) bei Banthäufern	129 385	32		
	2. bei anderen Versicherungsunternehmen	147 925	92	282 237	86
VI	Gestundete Beiträge			78 696	53
VII	Rückständige Zinsen und Mieten			175	—
VIII	Guthaben bei den Hebestellen aus dem Rechnungsjahre			42 557	07
IX	Stoffenbestand			5 718	46
X	Inventar			1	—
XI	Sonstige Aktiva			12 067	17
	Gesamtbetrag			546 351	84

Düsseldorf, am 27. Oktober 1925.

Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz.
 Adams. Reffing.

des 10. Rechnungsjahres.

B. Passiva.		N	§	N	§
I	Vedungskapital und Beitragsüberträge für Kapitalversicherungen auf den Todesfall			66 137	41
II	Beitragsüberträge für Unfallversicherungen			2 289	13
III	Rücklage für schwebende Versicherungsfälle			55 128	61
IV	Sonstige Rücklagen, und zwar:				
	1. Aufwertungsstod der Papiermarktversicherungen	17 060	—		
	2. Rücklage für Kriegsanleihe-Versicherte	3 838	75		
	3. Rücklage für Wiederaufbau	82 388	40	103 287	15
V	Guthaben anderer Versicherungsunternehmen			176 357	80
VI	Sonstige Passiva:				
	1. Nicht abgeführte Steuern	3 264	—		
	2. Nicht verteilte Abschlußgebühren	38 692	18	41 956	18
VII	Heberischuß:				
	1. Leben	100 872	85		
	2. Unfall	322	71	101 195	56
	Gesamtbetrag			546 351	84

Daß das in die Bilanz eingestellte Vedungskapital nach den Vorschriften des Geschäftsplanes berechnet ist, wird hiermit bestätigt.

Berlin, den 27. Oktober 1925.

Dr. Meyer
 Chefmathematiker
 des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland.

Erläuterungen.

1. Zur Gewinn- und Verlustrechnung in der Lebensversicherung.

A. Einnahmen.

- IV. Der Gewinn aus Kapitalanlagen ergibt sich aus dem Verkauf von Kriegsanleihe.
 V. Die „Sonstigen vertragsmäßigen Leistungen“ sind Abschlußgebühren des Rückversicherers.

B. Ausgaben.

III. Die „Sonstigen vertragsmäßigen Leistungen“ bestehen in Abschlußgebühren.
 VII. Die „Sonstigen Verwaltungskosten“ verteilen sich wie folgt:

Gehälter für Innenbeamte	Mark	51 764,59
Reisekosten für Innenbeamte	"	2 019,52
Miete, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	"	7 909,46
Bürokosten, Geschäftsbücher	"	1 868,61
Veröffentlichungen	"	409,16
Portokosten, Fernsprecher	"	2 786,19
Soziale Beiträge für Angestellte	"	694,99
Sonstige Kosten	"	719,70
Arztkosten	"	5 339,74
Summe	Mark	73 511,96

- XII. Die „Sonstigen Rücklagen“ bilden die Rücklage für Wiederaufbau mit Mark 82 388,40 und die Rücklage für Kriegsanleiheversicherte mit Mark 3 838,75.

2. Zur Gewinn- und Verlustrechnung in der Unfallversicherung.

VII. Die „Sonstigen Verwaltungskosten“ verteilen sich wie folgt:

Gehälter für Innenbeamte	Mark	6 636,49
Reisekosten für Innenbeamte	"	198,35
Miete, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	"	1 055,89
Bürokosten, Geschäftsbücher	"	652,04
Veröffentlichungen	"	58,74
Portokosten, Fernsprecher	"	342,60
Soziale Beiträge für Angestellte	"	105,51
Sonstige Kosten	"	124,90
Summe	Mark	9 174,52

3. Zur Bilanz.

A. Aktiva.

- I. Der Grundbesitz besteht aus dem Dienstgebäude der Anstalt, Düsseldorf, Elisabethstraße 11.
 II. Der Posten setzt sich zusammen aus Mark 14 000,— auf Feingoldbasis begebenen Hypotheken und aus den mit 15% aufgewerteten Papiermark-Hypotheken.
 III. Bei den Darlehen an Gemeinden handelt es sich um Aufwertungsbeträge von Papiermark-Kommunaldarlehen, die für werbende Zwecke aufgenommen worden sind.
 IV. Die Wertpapiere bestehen aus Kriegsanleihe, die zum Kurse vom 1. Januar 1924 eingesetzt wurden und zur Deckung von Ansprüchen aus den Kriegsanleiheversicherungen dienen. Der Posten erscheint wieder voll unter B Passiva IV².
 VI. Der Posten enthält nur technisch gestundete Beiträge.
 XI. Die sonstigen Aktiva bestehen in der Hauptsache aus vorausgezahlten Gehältern.

B. Passiva.

- IV. 1. Der Aufwertungsstock für Papiermarkversicherungen entspricht den unter II und III der Aktiva eingestellten aufgewerteten Beträgen für Hypotheken und Kommunaldarlehen. Es wird auf die diesbezüglichen Erläuterungen verwiesen.

2. Siehe Posten IV der Aktiva nebst Erläuterungen.
3. Die Rücklage für Wiederaufbau erscheint in der gleichen Höhe wie unter Posten I^o der Einnahmen der Gewinn- und Verlustrechnung in der Lebensversicherung.
- V. Das Guthaben anderer Versicherungsunternehmen entsteht aus der Rückversicherungsabrechnung.
- VI. 2. Die nicht verteilten Abschlußgebühren entfallen auf die technisch gestundeten Beiträge nach Posten VI der Aktiva.

Finanzielles Ergebnis aus der Sterblichkeit für Kapitalversicherungen auf den Todesfall.

Es waren im Rechnungsjahre 1924 für Todesfälle zu zahlen oder zurückzustellen (einschl. der in Rückdeckung gegebenen Summen) M 5 620,—

Es standen zur Verfügung:

1. aus dem Deckungskapital der durch Tod erloschenen Versicherungen	M	39,—
2. aus dem Gefahrbeitrag sämtlicher Todesfallversicherungen*)	"	19 557,90
3. " der Vergütung der Rückversicherer für durch Tod erloschene Versicherungen	M	24 168,56
	M	24 168,56

Der Ueberschuß aus der Sterblichkeit betrug hiernach M 18 548,56

Bewegung des Lebens-Versicherungsbestandes 1924. (Umgerechnet in Reichsmark.)

	Kapitalversicherungen auf den Todesfall				Kapitalversicherungen insgesamt	
	Selbstabgeschl. Verf.		In Rückbedg. gen. Verf.		Anzahl	Summe
	Anzahl	Summe	Anzahl	Summe		
Es traten neu in Kraft	2030	10 557 695,—	1278	797 834,—	3308	11 355 529,—
Wiederinkraftsetzung	1	681,—	—	—	1	681,—
Erhöhung bestehender Versicherungen	—	21 776,—	—	75 545,—	—	97 321,—
Uebertragung	—	—	—	—	—	—
Gesamter Zugang	2031	10 580 152,—	1278	873 379,—	3309	11 453 531,—
Dazu Bestand am Ende des Vorjahres	65	200 924,—	1340	145 663,—	1405	346 587,—
zusammen	2096	10 781 076,—	2618	1 019 042,—	4714	11 800 118,—
Abgang durch: Tod	3	** 14 700,—	12	2 974,—	15	17 674,—
Ablauf	—	—	—	—	—	—
Rückkauf	—	—	141	13 078,—	141	13 078,—
Verfall	60	132 406,—	76	11 985,—	136	144 391,—
Reduktion	—	200 683,—	—	3 481,—	—	204 164,—
Uebertragung	—	—	—	27 342,—	—	27 342,—
Gesamter Abgang:	63	347 789,—	229	58 860,—	292	406 649,—
Bestand am Ende des Berichtsjahres	2033	10 433 287,—	2389	960 182,—	4422	11 393 469,—

In der Unfallversicherung traten an selbst abgeschlossenen Versicherungen in Kraft 327 Versicherungen mit einem Jahresbeitrag von Mark 75 757,45.

Düsseldorf, den 5. März 1926.

Der Provinzialauschuß:

Dr. Adenauer.
Vorsitzender.

Dr. Sorion.
Landeshauptmann.

*) Hierbei ist der an den Rückversicherer für Todesfallversicherungen gezahlte Risikobeitrag im Betrage von M. 32 214,33 in Abzug gebracht.

**) Die Leistungspflicht entfiel bei einer Versicherung, so daß nur M. 5 620.— zu zahlen waren.

— Grauskala #13

C

Y

M

B.I.G.

A

1

2

3

4

5

6

M

8

9

10

11

12

13

14

15

B

17

18

19

